

Städtisches Geld.

Es ist wohl eine Zeit, wie wir sie noch nicht erlebt haben. Diese Worte finden sich in dem Referat, das gestern der Bürgermeister zur Begründung seines Antrages auf Emission städtischer Kassenscheine erstattet hat, die dazu dienen sollen, dem Banknotenmangel abzuhelfen. Wir haben schon gestern darauf hingewiesen, daß dieser Banknotenmangel, der bereits zu ernststen Störungen des Zahlungsverkehrs Anlaß gegeben hat, seine Ursache hauptsächlich in den Geldhamstereien weiter Kreise der Bevölkerung hat. Daraus ergibt sich, daß die Bevölkerung in erster Linie dazu beitragen kann, die Störungen im Zahlungsverkehr zu beheben, indem es die thesaurierten Banknoten wieder zu Einlagen und Guthabungen in Banken verwendet und damit dem Verkehre zuführt. Wenn die Stadt Wien, dem Beispiele vieler deutscher und auch ungarischer Städte folgend, nunmehr zur Ausgabe von städtischem Geld schreitet, so sind bei diesem Entschlusse sehr wichtige Gründe maßgebend, die Bürgermeister Dr. Weiskirchner in seinem Exposé hervorgehoben hat. „Wenn ich mir vor Augen halte, daß plötzlich die zahlreichen Familien nicht mehr ihren Unterhalt bekommen, daß wir nicht mehr unsere Gehalte und Löhne auszahlen können, dann unterlassen Sie mir die Folgen eines solchen Zustandes zu schildern.“ Mit diesen Worten hat der Bürgermeister die schädlichen Wirkungen, die aus den Geldhamstereien sich ergeben, in drastischer Weise geschildert. Die Kassenscheine der Stadt Wien sollen ebenso der Behebung des Banknotenmangels, wie die neuen Kassenscheine der Oesterreichisch-ungarischen Bank, die gestern ausgegeben wurden, dienen. Die Kassenscheine in Abschnitten von je 2000 Kronen sind großen Formats, hellgrün in der Farbe und tragen den Reichsadler und eine allegorische Figur. Die Aufschrift lautet: Dieser Kassenschein wird bei allen staatlichen Kassen und Ämtern zum vollen Nennwert angenommen. Datum 26. September 1914. Auf der Rückseite befindet sich der Text in den österreichischen Landessprachen. Die ungarische Sprache fehlt im Text, da die Ausgabe auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 19. September 1914 erfolgte.

Das Referat des Bürgermeisters.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner führte in der Gemeinderatsitzung aus: Schon seit einiger Zeit kommen mir Nachrichten zu über den Mangel an Papiergeld, der sich in weiten Kreisen der Bevölkerung äußert. Schon am 1. Oktober haben wir unseren Beamten die Gehalte fast durchwegs in Zweikronennoten auszahlen müssen, da keine anderen erhältlich waren. Große Möbelwagen beförderten damals diese Zweikronennoten in das Rathaus und lagen im Treppenzimmer des Kassendirektors aufgestapelt, da in den eisernen Kassen hierfür kein Platz mehr war. Auch von anderer Seite kamen mir Beschwerden zu, die in den letzten Tagen sich ungemein verdichteten und die dahin gingen, daß infolge Mangels an Banknoten die Oesterreichisch-ungarische Bank nicht mehr in der Lage sei, größere Schecks zu honorieren. Ich habe nicht verkannt, dieser Angelegenheit meine vollste Aufmerksamkeit zuzuwenden und noch gestern Obermagistratsrat Dr. Feld zum Generalsekretär Schmid der Oesterreichisch-ungarischen Bank geschickt, denn wir haben am 28. Oktober allein eine Ausgabe von ungefähr 10 Millionen Kronen infolge der Auszahlung der Steuerbeiträge, Quartiergelber und Unterhaltsbeiträge. Diese letzteren erfordern täglich allein einen Aufwand von 700.000 Kronen. Generalsekretär Schmid hat erklärt, daß wir vollständig beruhigt sein können, und es sei nicht zu erwarten, daß die Oesterreichisch-ungarische Bank ihren Verpflichtungen nicht nachkommen werde. Ich habe mich mit dieser Auskunft nicht beruhigt und an den Vizegouverneur Gruber ein Schreiben gerichtet, in dem ich ihm den Geldbedarf der Gemeinde in den

nächsten Tagen mitteilte. Heute um halb 1 Uhr mittags telephonierte mir nun Ritter v. Gruber, daß die Bank nicht in der Lage sei, diesen Geldbedarf zu decken und daß er mir nur raten könne, durch Ausgabe von städtischem Geld helfend einzugreifen. (Lebhafte Bewegung.) Es ist wohl eine Zeit, wie wir sie noch nicht erlebt haben und auch für den Wiener Gemeinderat erwächst die große, verantwortungsvolle Aufgabe, in der Zeit, in welcher Staat und sein Apparat und seine Einrichtungen, wozu auch die Oesterreichisch-ungarische Bank gehört, versagen, im Interesse der Bevölkerung einzugreifen. Wir greifen in diesen Notstand ein, denn die Bevölkerung trägt gerade diesen nicht. Wenn ich mir vor Augen halte, daß plötzlich die zahlreichen Familien der Zurückgebliebenen nicht mehr ihren Unterhalt bekommen, daß wir nicht mehr unsere Gehalte und Löhne auszahlen können, dann unterlassen Sie mir, die Folgen eines solchen Zustandes zu schildern. Und nun komme ich mit dem in der Geschichte der Stadt Wien wohl einzig bestehenden Referat, nämlich die Geldnot der Wiener Bevölkerung durch Ausgabe unverzinslicher kurzfristiger Kassenscheine zu beheben. Die Sache steht so: Wir können wohl nur in unserem Wirkungskreise abhelfen, wenn ich mir aber denke, daß wir 40.000 Angestellte haben und daß über 700.000 Personen im Genuße des staatlichen Unterhaltsbeitrages stehen, erfüllen wir doch eine finanzielle Funktion, die sich in weiten Kreisen der Bevölkerung fühlbar macht. Der Unterhaltsbeitrag wird nicht thesauriert, die Löhne nicht und unter den heutigen Verhältnissen wohl auch die Gehalte der Beamten nicht. Was wir also in Erfüllung unserer Verpflichtung auszahlen, kommt in den Verkehr und damit wieder in die städtischen Kassen zurück.

Im Laufe des heutigen Nachmittags haben über die Angelegenheit, über die technische Durchführung Besprechungen stattgefunden. Wir wollen städtische Kassenscheine ausgeben zu 5 Kronen, 20 Kronen, 50 Kronen und 100 Kronen. Wir wollen ja gerade dem mittleren und kleineren Bargeldbedarf helfen; dann würde auch durch Ausgabe von höheren Stücken die Gefahr der Nachahmung eminenter sein.

Ich bin daher auf Grund der Besprechungen mit den Fachmännern zu dem Antrage gekommen, daß wir einen Betrag von 50 Millionen Kronen emittieren, und zwar

2.400.000 Stück zu 5 K.	= 12 Millionen Kronen.
500.000 „ „ 20 „	= 10 „ „
800.000 „ „ 50 „	= 18 „ „
100.000 „ „ 100 „	= 10 „ „
	50 Millionen Kronen.

Die Laufzeit würde auf Grund der Auskünfte der Fachleute bis 28. Februar 1919 sein.

Die Kassenscheine würden folgenden Wortlaut haben:

Serie: Nummer:

Kassenschein

der Stadtgemeinde Wien über . . . Kronen.

Durch die augenblickliche Bargeldnot gezwungen, gibt die Gemeinde Wien auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 26. Oktober 1918, Pr.-B. 10540, zur Erfüllung ihrer Barzahlungspflichtigen Kassenscheine bis zum Gesamtbetrage von 50 Millionen Kronen aus.

Diese Kassenscheine sind unverzinslich, werden von der Gemeinde Wien bis 28. Februar 1919 in Zahlung genommen und in der Zeit vom 1. Jänner bis 28. Februar in gesetzlichem Bargelde eingelöst oder nötigenfalls gegen Kassenscheine mit weiterer Laufzeit umgetauscht.

Die Gemeinde Wien haftet für diese Verbindlichkeit mit ihrem ganzen beweglichen und unbeweglichen Vermögen. Die Nachahmung dieses Kassenscheines wird gesetzlich bestraft.

Wien, am 1. November 1918.

Unterschieden werden die Räten vom Bürgermeister und zwei Stadträten sein.

Die Firmen sind in der Lage, die erste Serie bis 5. November und zu übergeben. Die Lieferung wird natürlich serienweise erfolgen und ebenso ausgegeben.

Die Debatte.

Neumann erklärt sich mit dem Antrag vollständig einverstanden und wünscht, daß die Bevölkerung im weitestgehenden Maße informiert werde, daß sie diesem städtischen Geld das vollste Vertrauen entgegenbringen kann. (Lebhafte Beifall auch bei der Mehrheit.)

Regierungsrat Schmid begrüßt namens der Mehrheit des Gemeinderates den vorliegenden Antrag.

Stadtrat Dr. Hein erklärt namens seiner Parteifreunde, daß diese für den Antrag selbstverständlich stimmen werden. Er schließt sich den Ausführungen des Gemeinderates Neumann an, daß keinerlei Grund zu irgend einer Beunruhigung gegeben sei. Aus rein technischen formalen Gründen, um die derzeit äußerst knappen Bargeldbestände zu erhöhen, schreite die Gemeinde zur Ausgabe von städtischen Papiergeld.

Goltz gibt namens der demokratischen Vereinigung des Gemeinderates seine Zustimmung.

Dr. v. Dorn erklärt, es müsse konstatiert werden, daß absolut kein Grund zur Beunruhigung infolge der Ausgabe des städtischen Papiergeldes gegeben sei. Der Staatskredit werde hieburch in keiner Weise berührt, da aber die Leute das Papiergeld thesaurieren (Rufe: Hamstern) und nicht genügend Kleingeld vorhanden sei, sei die Maßnahme des Gemeinderates notwendig. In ähnlichen Verhältnissen haben auch andere Städte, sowie große Fabrikunternehmen lokales Geld hergestellt, ohne daß hieburch der Staatskredit oder die wirtschaftliche Lage irgendwie gelitten hätten. Gegenüber Gerüchten oder Angstbewegungen, die vielleicht auftauchen werden, müsse er das vom Standpunkte der volkswirtschaftlichen Erwägung feststellen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Eine Beunruhigung könnte nur wegen der Unfähigkeit der Oesterreichisch-ungarischen Bank entstehen; weil diese nicht die Fähigkeit zeigte, die Leistung

der Banknotenbruderei in entsprechender Weise zu erhöhen. Es sei Pflicht jedes einzelnen Gemeinderates, die Bevölkerung aufzuklären, damit die „Strumpf-Theorie“ ein Ende finde. Es ist ein Unbiling, die Banknoten jetzt zu Hause anzusammeln, und dies hat auch die Störung des Geldwesens mit sich gebracht, die wir durch die heute zu beschließende Notstandsmaßnahme beheben wollen. Unsere 50 Millionen Kronen, die wir ausgeben wollen, stehen in gar keinem Verhältnis zu dem Banknotenumlauf des Staates. Es ist also wie gesagt eine außerordentliche Notstandsmaßnahme und zu einer Beunruhigung absolut kein Anlaß. Die Stadt Wien übt im übertragenen Wirkungskreise eine Funktion des Staates und der Notenbank aus.

Bei der Abstimmung wird der Antrag bei Anwesenheit von mehr als 100 Gemeinderäten mit mehr als 80 Stimmen angenommen.